

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
28.09.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Resolution Sprach Kitas" (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2022, eingegangen am 27.09.2022 um 15:39 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungs- datum	Gremium
Ö	11.10.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	12.10.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag "Resolution Sprach Kitas" (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2022, eingegangen am 27.09.2022 um 15:39 Uhr)

Anlagen:

Antrag "Resolution Sprach Kitas" (Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2022, eingegangen am 27.09.2022 um 15:39 Uhr)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 27.09.2022

Resolution Sprach-KiTaS

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Lüneburg beantragt im Rat der Stadt Lüneburg folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert die hiesigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf sich die Fortsetzung des Bundesprogramms

„Sprach-KiTaS: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“

einzusetzen.

Das Bundesprogramm „Sprach-KiTaS: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ ist lokal erfolgreich und hat sich mehr als bewährt: Allein in der Hansestadt Lüneburg gibt es acht über das Bundesprogramm geförderte Sprach-KiTaS mit zusätzlichen Fachkräften neben der eigentlichen Betreuungsschlüssel zur Betreuung von Kindern hinaus.

Im Koalitionsvertrag haben SPD/Grüne und FDP klare Signale gesendet und eine Fortentwicklung bzw. Weiterentwicklung und Verstetigung angekündigt. Im Haushaltsplan für 2023 sind nun keine Mittel mehr für das Bundesprogramm Sprach-KiTaS vorgesehen.

Begründung:

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass es insbesondere in der aktuellen Situation verantwortungslos ist, ein Bundesprogramm so kurzfristig einzustampfen.

Denn in fast allen Kitas gibt es einen relevanten Anteil von Kindern mit besonderen sprachlichen Unterstützungsbedarf. Hier werden nicht nur die Kinder, sondern auch die kommunalen und freien Träger der betroffenen Einrichtungen im Stich gelassen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich!

Mit freundlichen Grüßen



Eckhard Pols



Anna Bauseneick

Oberbürgermeisterin Kalisch
- Rathaus -
21335 Lüneburg



**Stadtratsfraktion Bündnis
90/Die Grünen Lüneburg**
Schröderstraße 16
21335 Lüneburg
04131 49575

08.10.22

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch, zur Sitzung des Stadtrats am 12.10.2022 stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgenden Änderungsantrag:

Änderungsantrag zu TOP 23.1. „Resolution Sprach Kitas“

(ersetzt den gestellten Antrag)

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. sich mit einer Resolution an den Niedersächsischen Landtag für eine Weiterfinanzierung der Sprach-Kitas durch die durch das Kita-Qualitätsgesetz bereitgestellten Mittel einzusetzen und wenn nötig Übergangslösungen zu finden, um eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Erzieherinnen und Erzieher zu garantieren. Diese ist im Jugendhilfeausschuss zu beraten.
2. dem Jugendhilfeausschuss eine Übersicht über die in den städtischen Kitas sowie den Einrichtungen in Freier Trägerschaft abgerufenen finanziellen Mitteln im Rahmen des Bundesprogramms „Sprach-Kitas - weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ vorzulegen. Dabei soll eine Aufschlüsselung nach Personal- und Sachkosten berücksichtigt werden.

Begründung:
erfolgt mündlich.

Laura Schäfer
Für die Fraktion